



Mahnmal am Checkpoint Charlie



Brandenburger Tor

MAUERGEDENKEN

Erinnerungsstätte am Brandenburger Tor

Nach dem Streit um die von einer Privatinitiative aufgestellten Holzkreuze am früheren Checkpoint Charlie schaltet sich nun der Bundestag in die Debatte um das Gedenken an

die Berliner Mauer ein. Über hundert Parlamentarier werden demnächst einen Antrag einbringen, der Legislative und Exekutive dazu auffordert, mit dem Land Berlin ein „Gesamtkonzept“ zu erarbeiten. Die Volksvertreter plädieren dabei ausdrücklich für ein Projekt auf dem „Gelände um das Brandenburger Tor“. Kein anderer Ort habe so sehr für die Teilung Deutschlands und der Welt gestanden. Zugleich beklagt die parteiübergreifende Initiative, dass in Berlin nach 1990 die Mauer konsequent aus dem Stadtbild verbannt worden sei. Insbesondere junge Menschen hätten nur wenig Gelegenheit zur unmittelbaren Auseinandersetzung mit der Mauer.

BUNDESWEHR

Erhöhtes Risiko Afghanistan

Die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan müssen nach Einschätzung des Verteidigungsministeriums im neuen Jahr mit mehr Gefahren denn je rechnen. Grund ist eine Ankündigung der Briten und Amerikaner, mit der afghanischen Regierung den Kampf gegen Drogenbarone zu verschärfen.

Wenn die Einnahmequellen der Warlords zu versiegen drohten, warnte der Bundesnachrichtendienst die Militärs, berge das vermehrte Risiken für die deutschen Camps in Kunduz und Faizabad in der nordostafghanischen Drogenregion. Schon vor Weihnachten ließ Minister Peter Struck deshalb die Sicherheitsvorkehrungen verstärken. Noch in diesem Monat will der Sozialdemokrat mit den Parlamentsfraktionen über einen „robusteren“ Einsatz sprechen. Geprüft werden soll unter anderem, ob die bisher auf 2250 Soldaten begrenzte Truppenstärke erhöht wird und Spezialkräfte zur großräumigen Sicherung der Lager entsandt werden sollten. Im Bundes-



Bundeswehrsoldat in Kunduz

tagsmandat zur Teilnahme an der Isaf-Friedensmission am Hindukusch ist die Drogenbekämpfung ausdrücklich ausgeschlossen. Die Bundeswehr unterstützt jedoch amerikanische und britische Truppen mit Aufklärung, Verpflegung und gelegentlicher Unterkunft in ihren Lagern. Bei den Gesprächen mit Wehrexpertern des Parlaments möchte Struck zudem diskutieren, wie die Öffentlichkeit auf eine größere Zahl von Toten und Verletzten reagieren würde. Die Bürger sind nach Meinung des Ressortchefs Verteidigung auf „Verwundung und Tod“ längst nicht so gut vorbereitet wie die Bundeswehr selbst.

GEHÄLT

Parlamentspräsidenten planen Sonderkonferenz

Auf Landesebene soll es künftig einheitliche Standards beim Umgang mit Nebeneinkünften geben. Der bayerische Parlamentspräsident Alois Glück, Vorsitzender der Landtagspräsidenten-Konferenz, will in Kürze mit seinen Kollegen das Thema auf einem Treffen beraten. Volksvertreter, kündigte er bereits an, dürften grundsätzlich kein Geld für Lobbyarbeit annehmen. „Die Fälle der letzten Wochen haben der Politik insgesamt geschadet“, so Glück. Der designierte CDU-Generalsekretär Volker Kauder regte die Einsetzung einer unabhängigen Kommission an, die Reformvorschläge für die Verhaltensregeln von Parlamentariern ausarbeiten soll. „Wir müssen ganz neu über den Status der Abgeordneten nachdenken“, forderte Kauder, der für ein möglichst rigides Regelwerk eintritt. Den Volksvertretern soll danach grundsätzlich untersagt werden, während der aktiven Zeit neue Tätigkeiten in der Privatwirtschaft anzunehmen. Dringend geboten erscheint ihm zudem, Angehörigen bestimmter Berufsgruppen nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag Sperrzeiten aufzuerlegen.